

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 13

Artikel: Welcher Preis für wie viele Inseln? : Die japanischen Nordgebiete - ein potentieller Krisenherd in Ostasien
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die japanischen Nordgebiete – ein potentieller Krisenherd in Ostasien

Welcher Preis für wie viele Inseln?

Von Peter Sager

Dank der westlichen Fügsamkeit sind die sowjetischen Eroberungen in Europa unangefochten und erwecken den Anschein, unanfechtbar zu sein. Dagegen führen die asiatischen Nachbarn der UdSSR immer wieder den Nachweis, dass die imperialen Positionen Moskaus durchaus vulnerabel sein können, wenn man sie nicht als unabänderlich hinnimmt. Das ist im Falle Chinas manifest geworden, aber daneben sind auch die japanischen Ansprüche nicht zu vergessen, die gerade jetzt wegen der Erdölklemme in eine delikate Phase gekommen sind. Die Kurilen und Sachalin sind das Objekt politisch brisanter Tauschspekulationen.

Japan kämpfte auf der Achse Berlin—Rom—Tokio im 2. Weltkrieg an der Seite Hitlers. Nach dem Tod Hitlers und der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 führte Japan einen hoffnungslosen Kampf weiter, bis Präsident Truman die schwierige aber historisch richtige Entscheidung traf, die Atombombe einzusetzen. Die Abwürfe in Hiroshima und Nagasaki brachen den Widerstand der fanatischen Kriegspartei. Sie hatten aber auch zur Folge, dass die Sowjetunion, welche die Last des asiatischen Krieges den Westmächten überlassen hatte, am 8. August 1945 in letzter Minute noch Japan den Krieg erklärte — sechs Tage vor Japans Kapitulation am 14. August 1945. Diese Kriegserklärung ist auch deshalb bemerkenswert, weil sie in klarer Verletzung des rechtsgültigen Nichtangriffspaktes UdSSR—Japan erfolgte, an den sich Japan auch dann gehalten hatte, als die Sowjetunion 1941/42 vor dem Zusammenbruch stand. Mit diesem Manöver in letzter Minute wollte die Sowjetunion ihren Einfluss bei der fernöstlichen Friedensregelung sichern.

Zuvor schon, an der Jalta-Konferenz vom Februar 1945, hatte die Sowjetunion für sich die südliche Hälfte Sachalins und die Kurilen verlangt, eine Inselhälfte und eine Inselkette, die nördlich von Japan gelegen sind. Generell wurde diesem Anspruch von den übrigen Konferenzteilnehmern zugestimmt. Die Vereinigten Staaten hatten für sich die Insel Okinawa verlangt und erhalten.

Japan und der Gebietsverlust

Die japanische Öffentlichkeit hat sich mit diesem Gebietsverlust nie abgefunden. Die verschiedenen Regierungen seit 1945 haben zäh um die Rückkehr dieser Gebiete gekämpft. Diese Haltung hat mit «Revanchismus» und «Chauvinismus» wenig zu tun. Sie ist auch nicht vom Versuch diktiert, die japanische Mitverantwortung am 2. Weltkrieg zu bestreiten, zumal das Kaiserreich jeden vernünftigen Preis für diese Mitschuld bezahlt hat.

Diese Haltung wird verständlich, wenn man den ausserordentlichen Landmangel Japans und des-

sen Ueberbevölkerung vor Augen hält. Ferner ist seit 1894 bekannt, dass auf dem südlichen Teil Sachalins erhebliche Mengen von Erdöl liegen, die dem hochindustrialisierten Japan mehr als willkommen wären. Und vielleicht könnte Erdöl auch auf den Kurilen fündig werden.

Sachalin und die Kurilen

Sachalin, mit 76 790 km² knapp doppelt so gross wie die Schweiz (41 288 km²) wurde in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts erstmals von japanischen, russischen und holländischen Seefahrern entdeckt, war aber zuvor von Ainu (Ureinwohner Japans) und Tungusen (vom benachbarten asiatischen Festland) besiedelt worden. Anfangs letzten Jahrhunderts konnte Japan beweisen, dass Sachalin eine Insel ist, mithin nicht zum Festland gehört.

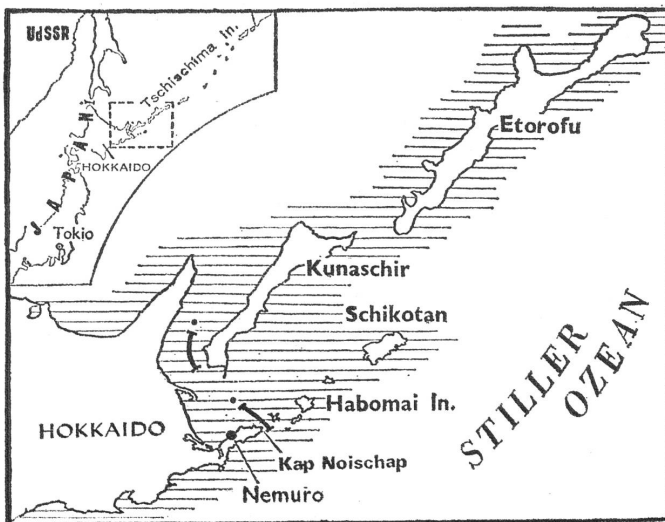
Das wachsende japanische und russische Interesse an Sachalin führte im Vertrag von Schimoda 1855 zu einem Kondominium (gemeinsame Herrschaft Japans und Russlands). Dieses wurde im Petersburger Vertrag von 1875 beendet, indem Japan auf Sachalin verzichtete, dafür aber die ganzen Kurilen zugesprochen erhielt.

Im Vertrag von Portsmouth, der den russisch-japanischen Krieg beendete, wurde 1905 Sachalin am 50. Breitengrad geteilt; die südliche Hälfte wurde unter dem Namen Karafuto japanisch.

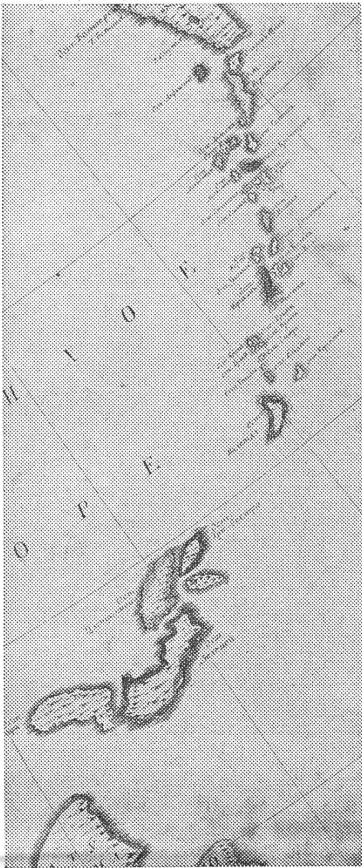
Nach dem Zusammenbruch Japans im 2. Weltkrieg besetzte die Sowjetunion im August 1945 Karafuto; die meisten der dort lebenden rund 400 000 Japaner wurden evakuiert.

Die Kurilen sind eine bogenförmige Gruppe von rund 30 Inseln, die von Hokkaido bis nach Kamtschatka reichen. Sie umfassen 10 200 km² und sind nur zum Teil bewohnt. Die vier grössten Inseln sind Paramischuru, Urup, Iturup (japanisch Etorofu) und Kunaschiri. Neben Kunaschiri, und Hokkaido vorgelagert, sind die zwei kleineren Inseln Schikotan und Habomai.

Die Inselgruppe wurde 1634 vom Holländer Martin de Vries entdeckt. Die drei südlicheren Inseln Urup, Iturup und Kunaschiri gehörten von alters her zu Japan. Erst als die Russen im 18. Jahrhundert bis zum Pazifik vorstießen, begannen sich die Jäger um die Kurilen zu interessieren, da es dort viele Bären gab. Im erwähnten Vertrag von Schimoda wurden die Kurilen geteilt: Paramischuru und Urup fielen an Russland, und Japans Hoheit über Etorofu (Iturup) und Kunaschiri wurde anerkannt. Im Petersburger Vertrag von 1875 verzichtete Russland zugunsten Japans auf die gesamten Kurilen. Sie



Kartenskizze aus der «Peking Rundschau» Nr. 11 vom 20. März 1973. Dazu im Text: «In der Nähe von Kap Noischap, nur 37 Kilometer entfernt, liegt die Insel Kunaschir. Man kann miterleben, wie dort japanische Fischer verfolgt werden, wobei sowjetische Patrouillenboote die Fischerboote stürmen, verjagen oder festnehmen.» China ist heute das Land, welches die japanischen Forderungen auf Rückgabe der sowjetisch okkupierten Territorien offiziell und nachdrücklich unterstützt.



Ausschnitt aus Karte 19 des russischen Akademieatlases von 1745. Die Sowjetenzyklopädie leitet aus den kyrillisch geschriebenen Ortsnamen einen Anspruch auf die Kurilen ab, derwell naturgemäss auch Japan mit kyrillischen Buchstaben bezeichnet ist.

wurden im August 1945 ebenfalls von den Sowjets besetzt, auch die kleineren Inseln Schikotan und Habomai, und zwar in einer als «Feldzug» ausgegebenen Aktion (BSE 2, Bd. 24, S. 94), die indessen nach der Kapitulation Japans zwischen dem 17. August und 1. September 1945 als blosse Okkupation erfolgte.

Bemerkenswert ist die in der staatsoffiziellen «Grossen Sowjetenzyklopädie» (BSE) vertretene sowjetische Auffassung. Band 24 der 2. Auflage ging im Dezember 1953, in der hoffnungsvollen Zeit nach Stalins Tod, in Druck und erschien 1954. Darin steht (S. 96) unter anderem: «Die Kurilen wurden von russischen Reisenden und Schiffahrern entdeckt und auf Karten eingetragen. Von den Russen brachte V. V. Atlasow die ersten Berichte über die Kurilen im Jahre 1697... 1745 wurde der grössere Teil der Inseln im Generalatlas des Russischen Imperiums mit russischen Namen eingetragen... 1855 hat Japan Russland die südlichen Kurilen entrissen, 1875 fielen sie ganz unter die Kontrolle Japans.»

Band 14 der 3. Auflage der BSE erschien 1973 und hat folgenden, uns hier interessierenden Inhalt: «Die ersten Berichte über die Kurilen brachte 1697 der russische Reisende V. V. Atlasow. 1745 wurde der grössere Teil der Kurilen im Generalatlas des Russischen Reiches eingetragen... Nach dem russisch-japanischen Vertrag von 1855 wurden die Kurilen nördlich von

Iturup als russische Besitzungen erklärt. Nach dem russisch-japanischen Vertrag von 1875 trat Russland 18 Inseln der Kurilen an Japan ab, das Sachalin völlig als russischen Besitz anerkannte. Von 1875 bis 1945 befanden sich die Kurilen unter japanischer Verwaltung.»

Dies sind interessante Beispiele sowjetischer Desinformation. Hervorzuheben ist vorab die Nuancenverschiebung in der BSE. 1954 stand korrekterweise: «Von den Russen brachte Atlasow die ersten Berichte...» 20 Jahre später steht geschichtsfälschend: «Die ersten Berichte... brachte Atlasow.» Die Entdeckung des Vries im Jahre 1634 wird glatt unterschlagen. Nicht anders ergeht es dem japanisch-russischen Kondominium über Sachalin von 1855 und der Tatsache, dass die drei südlichen Inselgruppen der Kurilen von alters her japanisch gewesen waren.

Höhepunkt solcher Desinformation ist aber der Hinweis auf den «Generalatlas». Es handelt sich hierbei um den seltenen sogenannten Akademieatlas, der sich kaum in sowjetischem Privatbesitz befinden und in öffentlichen Sammlungen schwer zugänglich sein dürfte, und der auch im Westen gesucht ist. Die 19. Karte dieses Atlases, auf die sich die BSE bezieht, trägt den Titel «Die Mündung des Amurs mit dem südlichen Teil Kamtschatkas und im östlichen Ozean befindliche verschiedene Inseln, zwischen denen ein Teil Japans sichtbar ist.»

Wenn diese Karte einen Beweis darstellen soll, so eindeutig dafür, dass das ganze Amur-Gebiet — einschliesslich des heutigen Wladiwostok — chinesisch ist. Die noch ungenau aufgenommenen Inseln sind, wie chinesische und japanische Ortsnamen, natürlich mit kyrillischen Buchstaben bezeichnet, wie landläufig auch in einem schweizerischen Weltatlas arabische Ortsnamen in lateinischer Schrift angegeben werden. Nichts deutet indessen darauf hin, dass die Kurilen sich in russischem Besitz befunden hätten.

Die Sowjets stützen sich auf das Abkommen von Jalta, das «die Kurilen» der Sowjetunion zusprach. In Jalta wurde indessen nicht zwischen Nord- und Südkurilen unterschieden, weshalb Japan auf der Rückgabe von Etorofu und Kunaschiri, namentlich aber von Schikotan und Habomai beharrt. Das sind die japanischen Nordgebiete, die einen Krisenherd in Ostasien darstellen.

Der Kampf um die Nordgebiete

Eine erdrückende Mehrheit des japanischen Volkes fordert die Rückgabe der Nordgebiete von der Sowjetunion. Selbst die japanischen Kommunisten können sich nicht gegen dieses Anliegen stellen, was sie in eine heikle Lage bringt.

Der 12. Kongress der KPJ fand vom 14. bis 21. November 1973 in Tokio statt. Zu diesem Kongress wurden Vertreter der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der Mongolei und Chinas bezeichnenderweise nicht eingeladen. In seinem Rechenschaftsbericht erwähnte der Vorsitzende des Sekretariates des ZK der KPJ, Fuwa, die Territorialfrage und begründete ausführlich die japanischen Ansprüche an die Sowjetunion. Ein KP-Delegierter aus Nordjapan erklärte ausdrücklich: «Wir verlangen von der Sowjetunion mehr als Ministerpräsident Tanaka, da dieser sich den amerikanischen Einflüssen nicht entzieht, durch die Beziehungen zu China gebunden ist und ungenügende Forderungen an die Sowjetunion stellt.»

Erst jetzt hat die sowjetische Presse darauf reagiert, und zwar durch den Nachdruck des Berichtes eines argentinischen Kommunisten, der am 12. KPJ-Kongress teilgenommen hatte, in der neusten Nummer der sowjetischen Parteizeitung «Partijnaja Schisn» (10/74, SS. 54—58). Mit offensichtlicher Zustimmung wird die Beurteilung des Argentiniers den sowjetischen Lesern vermittelt: «Dies ist ein präzedenzloser Fall in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung, da auf dem Kongress der Kommunistischen Partei eines kapitalistischen Landes der Antrag über territoriale Forderungen an einen sozialistischen Staat gestellt wird.» Das ist in der Tat neu, weniger neu hingegen sind territoriale Forderungen an einen sozialistischen Staat (UdSSR), die von einer kommunistischen Partei eines kommunistischen Landes (China) diskutiert werden.

Die ostasiatische Quadrille

Die Frage der Rückgabe der Nordgebiete ist vordergründig eine Angelegenheit, die zwischen Japan und der Sowjetunion geregelt werden muss. Im Hintergrund sind indessen auch die USA und China interessiert und mittelbar sogar beteiligt.

Die Vereinigten Staaten, die mit Grossbritannien die Hauptlast des Krieges im Fernen Osten trugen, haben mit gutem Sinn eine Verständigung mit Japan gefunden, bereits 1951 einen Friedensvertrag geschlossen und schon darin eine japanische Souveränität über Okinawa anerkannt. Jahrelang wurde die Forderung nach einer Rückgabe der Nordgebiete von japanischen Kommunisten mit dem Hinweis auf die amerikanische Besetzung Okinawas beantwortet. Mittlerweile haben die USA Okinawa 1972 vollumfänglich an Japan zurückerstattet. Das hat die Position der Sowjetunion beträchtlich erschwert.

Die sowjetische Haltung wurde weiter belastet durch die 1971 sichtbar verbesserten Beziehungen zwischen Washington und Peking, in deren Gefolge auch Japan Beziehungen zu China aufnehmen konnte. Nun musste die Sowjetunion fürchten, dass eine allzu starre Haltung in der Frage der Nordgebiete Japan wieder mehr an die USA und gar noch an China binden könnte.

Seit 1972 liess sich in Moskau voraussehen, dass eine Rückgabe der japanischen Nordgebiete unvermeidlich werden könnte. Statt sich diese Rückgabe abringen zu lassen, wollte Moskau wenigstens noch eine japanische Gegenleistung aushandeln. Daher wurde die Frage der Rückgabe der Nordgebiete durch die Sowjetunion immer stärker mit einer japanischen Entwicklungshilfe für Ostsibirien gekoppelt. Vorerst hat die Sowjetunion die Rückgabe von Schikotan und Habomai angeboten, was aber von Japan als ungenügend zurückgewiesen worden ist.

Anlässlich des Moskau-Besuches von Ministerpräsident Kakuei Tanaka im Oktober 1973 sind beide Probleme eingehend diskutiert worden, und eine Lösung schien in greifbare Nähe gerückt. Ein gemeinsames Kommuniqué hielt fest, dass beide Parteien übereingekommen seien, auf höchster Ebene die seit Abschluss des 2. Weltkrieges noch ungelösten Probleme zu diskutieren. Dementsprechend sollen demnächst Verhandlungen zum Abschluss eines Friedensvertra-

ges aufgenommen werden. Ministerpräsident Tanaka erklärte auf Pressekonferenzen in Moskau und in Tokio, dass die «noch ungelösten Probleme» nur die Rückgabe der vier Inseln betreffen konnten, die allein den Abschluss des Friedensvertrages aufhielten.

Während Tanakas Moskau-Besuch waren die Auswirkungen des arabischen Oelboykotts noch unbekannt. Erst als dessen Folge wurde die heikle Energielage Japans den Japanern selbst und auch den Sowjets voll bewusst. Japan hat 80% seines Erdöls aus den arabischen Ländern bezogen und musste mit einem Anstieg des Anteils auf 90 Prozent in drei bis fünf Jahren rechnen. Die sowjetische Presse hat diese japanische Abhängigkeit seither bei jeder Gelegenheit unterstrichen.

Die Verwendung des Oelexportes als politische Waffe durch die arabischen Staaten musste Japans Anfälligkeit auf dem Gebiet der Energieversorgung sichtbar werden lassen. Japan hat sich denn auch sehr rasch den arabischen Forderungen nach einer Verurteilung Israels gebeugt.

Aber das waren nicht die einzigen Konsequenzen. Die Sowjetunion hat sich ausgerechnet, dass Japan jetzt zu grossen Opfern bereit sein könnte, um sich aus der einseitigen Abhängigkeit von arabischen Erdöllieferungen zu lösen. Es durfte hoffen, dass die japanische Entwicklungshilfe für Ostsibirien nun als blosse Gegenleistungen für sowjetische Oellieferungsversprechen erhältlich sein werde, ohne dass die Rede von den vier Inseln wäre. Man sprach in Moskau zuerst von 40 Mio. Tonnen Erdöl, die Japan jährlich aus

Sibirien erhalten könnte, dann von 25, von 30 und jetzt wieder von 25 Mio. Tonnen.

Erneut harte sowjetische Linie

So hat sich die Haltung der Sowjetunion seit letztem November erneut versteift. Das Angebot auf Rückgabe von Schikotan und Habomai wurde fallen gelassen. Und der sowjetische Druck wurde verstärkt.

Am 29. März sollte in den Kineothekern der Toho-Gesellschaft der Film «Sommer 1945 in Karafuto» anlaufen. Der Film handelt von neun Telephonistinnen, die beim Einmarsch der sowjetischen Truppen den Tod einer Kapitulation vorzogen. Es soll sich um einen Anti-Kriegsfilm handeln, der überdies vom Erziehungsministerium und zahlreichen kulturellen Organisationen preisgekrönt worden ist. Auf sowjetischen Druck hin durfte dieser Film, dessen Produktion 250 Mio. Yen gekostet hatte, nicht gezeigt werden, weil er die «Befreiung» Südsachalins durch sowjetische Truppen als «Aggression» ausbebe.

Die «Prawda» hatte am 12. März schon ein Signal gesetzt. In einem Artikel über Hokkaido, der Insel, von der man an schönen Tagen die Nordgebiete von blossem Auge sieht, wurde von den «revanchistischen Slogans» gesprochen, die die Rückgabe der Nordgebiete verlangten, und von Tokio inspiriert und finanziert seien. Das Volk aber sei damit nicht einverstanden und betrachte die Freundschaft mit der Sowjetunion, den Abschluss des Friedensvertrages und eine sichere Fischerei als wichtiger denn die Rückgabe einiger Inseln.

Eine sicherere Fischereiregelung ist in der Tat

ein Anliegen der Japaner, sind doch schon wiederholt japanische Fangboote durch Sowjets in Gewässern aufgebracht worden, die die Japaner als ihrer Hoheit unterstehend betrachten. Im übrigen reflektiert der «Prawda»-Artikel blosses sowjetisches Wunschdenken, was allein durch die Haltung der KPJ belegt ist. Mehr noch: am diesjährigen Schneefest auf Hokkaido haben 57 000 Personen die Rückgabe der Nordgebiete mit ihrer Unterschrift verlangt, doppelt so viele wie letztes Jahr.

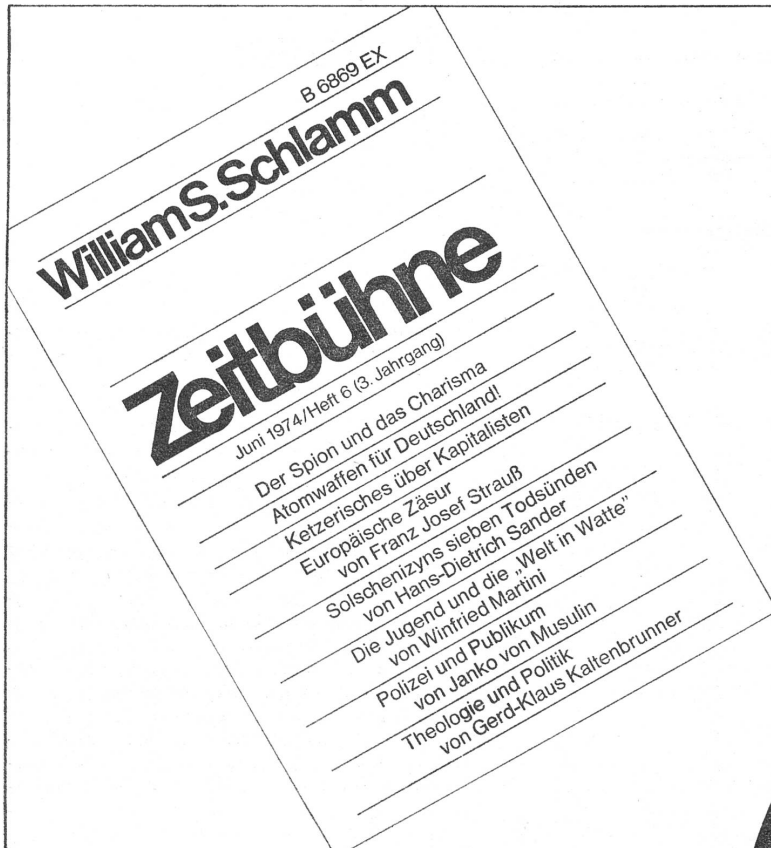
Die sowjetische Lage

Die Sowjetunion befindet sich in einer heiklen und unangenehmen Lage. Wenn sie Japan zu verstehen gibt, dass die vier Inseln soviel Aufwand gar nicht wert seien, muss sie dieses Argument auch gegen sich gelten lassen. Und Moskau wäre jetzt vielleicht froh, diese Inseln ohne viel Aufhebens an Japan abzutreten, um für einmal auch dem guten Beispiel der USA folgen zu können.

Aber genau das kann die Sowjetunion nicht mehr tun. Denn die Rückgabe dieser Inseln würde die Anerkennung alter Rechtstitel bedeuten und mithin einen äusserst interessanten Präzedenzfall schaffen.

China zum Beispiel fordert die Rückgabe mancher Territorien, die die Sowjetunion in Verletzung völkerrechtlicher Ansprüche besetzt hält. Und Korea konnte nachweisen, dass die Insel Naktun-Do an der Mündung des Tumen widerrechtlich von der Sowjetunion besetzt gehalten wird.

Werden aber einmal die asiatischen Annexionen der Sowjetunion im Sinne völkerrechtlicher



Die «ZEITBÜHNE» wird von William S. Schlamm herausgegeben. William S. Schlamm und namhafte Autoren der internationalen Publizistik kommentieren das aktuelle Geschehen und machen Alternativen sichtbar. Die «ZEITBÜHNE» versteht sich als engagiert politisches Organ, das niemandem verpflichtet sein will.

Lernen Sie die «ZEITBÜHNE» kennen. Schicken Sie den Informationsgutschein an:
 «ZEITBÜHNE», D-8000 München 81
 Effenstrasse 70
 oder
 A-5024 Salzburg, Postfach 108
 oder
 CH-6300 Zug, Im Rötel 1

**Informations-
Gutschein**

für kostenlose, unverbindliche Zusendung
 von zwei Probeheften der «ZEITBÜHNE».
 (bitte an folgende Adresse:)

Prinzipien korrigiert, so könnten auch die europäischen Grenzfragen — Baltikum, Ostpolen, Bessarabien, finnische und deutsche Gebiete — erneut zur Diskussion gestellt werden. Dem versucht die Sowjetunion allerdings mit der Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vorzubeugen.

Und der Sicherung der asiatischen Territorien, die die Sowjetunion widerrechtlich besetzt hält, sollte die von Breschnew schon anfangs 1969 vorgeschlagene Asiatische Sicherheitskonferenz dienen, ein Vorschlag, der durch die Weltkonferenz der kommunistischen Parteien im Juni 1969 als Bestandteil ihres aussenpolitischen Programms angenommen wurde.

Zudem wird die Sowjetunion möglicherweise recht bald schon feststellen müssen, dass Japans Abhängigkeit vom arabischen Erdöl politisch nicht so gefährlich ist, wie Ende letzten Jahres angenommen werden musste. Die arabischen

Erdölproduzenten sind sich der politischen Folgen bewusst, die ein verlängerter Erdölboykott zeitigen könnte. Sie haben denn auch kaum ein Interesse, Japan der Sowjetunion in die Arme zu treiben. Damit dürfte die japanische Bereitschaft schwinden, eine Entwicklungshilfe für Ostsibirien zu leisten, die nicht mit der Rückgabe der Nordgebiete verbunden ist.

Da Japan nicht hoffen kann, diese Nordgebiete in absehbarer Zeit zurückerstattet zu erhalten, wird auch die japanische Entwicklungshilfe für Ostsibirien mindestens im anfänglich in Aussicht genommenen grossen Ausmass fraglich. Die Sowjetunion wird überdies in Kauf nehmen müssen, dass sie aus diesen Gründen keine vertieften Beziehungen zu Japan herstellen kann, dass sie darum in Asien mehr und mehr als jene aggressive Macht erkannt wird, als die sie seit beinahe 60 Jahren dem Neokolonialismus zur Blüte verhilft. ■



Ludek Pachman über ein gesellschaftliches Mittel der Gleichschaltung in der CSSR

Strafe für Kinder

Die sowjetisch überwachte «Normalisierung» in der Tschechoslowakei kann politische Prozesse und Zuchthaus bedeuten. Aber zur allgegenwärtigen Realität wird sie durch die unendliche Vielfalt an gesellschaftlichen Druckmitteln, denen sich niemand entziehen kann. Aber selbst wenn jemand persönlich bereit ist, Diskriminierung und materielle Not auf sich zu nehmen, um nicht zu lügen — kann er es verantworten, seinen Kindern alle beruflichen Chancen zu versperren? Ueber die Kinder als Objekt von Erpressung und Repressalien berichtet hier Luděk Pachman, den wir unsern Lesern schon verschiedentlich vorgestellt haben (siehe letzte Nummer), unter anderem am konkreten Beispiel der Söhne von Ludvík Vaculík.

Die Massnahmen in der sozialen Sphäre sind das stärkste Druckmittel gegen die Bevölkerung der Tschechoslowakei. Bei den «Arbeitsüberprüfungen» von 1970 entliess man allein in Prag etwa 40 000 Personen von ihren Arbeitsplätzen. Der Grund: Sie waren nicht bereit, die Okkupation der CSSR für brüderliche Hilfe zu halten. So kam es zur heutigen Situation, dass Universitätsprofessoren, Wissenschaftler, Schriftsteller oder Journalisten nun als Fensterputzer oder Leichen-träger arbeiten. In einigen Fällen verweigerte man Wissenschaftlern gut zwei Jahre lang sogar solche Hilfsarbeiterstellen. Und selbstverständlich erhielten sie in dieser Zeit auch keine Ar-

CRITICON

Konservative Zeitschrift

Herausgeber: Caspar v. Schrenck-Notzing und Hanns Klätz

Seit Juli 1970. Mitarbeiter und Leser in Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Holland, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Aethiopien, Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, Israel, Japan, Nigeria, Peru, Südafrika, Uruguay, USA, Venezuela.

Aus dem Inhalt der beiden letzten Hefte:

Nr.22

Parteiensystem und Gegenmächte

Kommentar: **Gefährdung der Pressefreiheit** / Octavian Buhociu: **Autorenporträt Mircea Eliade** / Herbert Kremp: **Parteiensystem und Gegenmächte** / Heinrich Drimmel: **Kontinuität und Krise im österreichischen Konservatismus** / Jörg Bremer: **Konservatismus und Jugend** / Enno v. Loewenstern: **Zankapfel Medienpolitik** / Bertil Häggmann: **Konservative Parteien 4: Norwegen** / Erik v. Kuehnelt-Leddihn: **Zwangskloster oder freie Wirtschaft?** / Wilhelm Duden: **Oswald Spengler und die Gegenwart** / **Die Bücherwelt mit Kommentaren von Oswald von Nostiz, Rudolf Krämer-Badoni und Armin Mohler.**

Nr. 21

Lebensqualität oder Fortschrittskritik von links

Kommentar: **Man trägt wieder konservativ** / Caspar v. Schrenck-Notzing: **Autorenporträt T. S. Eliot** / Hermann Lübbe: **Lebensqualität oder Fortschrittskritik von links** / Patrick Cosgrave: **Tortes und Intellektuelle** / Harald Moesli: **Russland und China im Kampf um Afrika** / Hannes Kaschkat: **Strauss, die CSU und die Aussenpolitik** / Jo Schultz-Tesmar: **Konservative Parteien 3: Die Niederlande** / Armin Mohler: **Die Kerenskis der Kulturrevolution** / **Das «Le Monde»-Interview von Alexander Solschenizyn** / Tarmo Kunnas: **Ezra Pound — Der Dichter und die Politik** / **Die Bücherwelt.**

Dazu **Dokumentation, Buch aktuell und Buchberichte, Magazin, Diskussion, Notizen, Zeitschriftenschau.**

Erscheinungsweise: zweimonatlich, 48 Seiten, DIN A 4
Preis: 4. Jahrgang (Nr. 21–26/1974) DM 27,-/öS 198,-/\$ 11,-
für Studenten, Schüler, Soldaten DM 18,-
Anschrift: 848 Weiden i. d. OPf., Postfach 70

An CRITICON-Vertrieb, 848 Weiden i. d. OPf., Postfach 70

Ich abonniere den 4. Jahrgang*

Konto:

K. Knaut, D-848 Weiden i. d. OPf. 1
Postfach 70
Postcheckamt Nürnberg Nr. 2117
38-854

Unterschrift:

Senden Sie kostenlos Probenummern*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____